

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 1/2012

# Glück auf!

**Ich will's  
transparent!**

Scher dich drum: Lohnunterschiede dürfen nicht sein.

**PRO-GE**

# Inhalt:



## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Mit dem Gleichbehandlungsgesetz wurde in den 70er-Jahren eine wesentliche Grundlage auf dem Weg zur Gleichstellung geschaffen. Ein weiterer Schritt wurde am 1. März 2011 mit der Einführung der Einkommenstransparenz gesetzt. Unter dem Motto „Scher dich drum!“ starten nun die PRO-GE Frauen mit dem Frauentag 2012 eine neue Kampagne.

Seiten 4 bis 9

## REICHENSTEUERN STATT SOZIALABBAU

Sparpaket: ÖGB und AK bekennen sich zum Defizitabbau. Konjunktur- und beschäftigungshemmendes Sparen muss aber vermieden werden.

Seiten 12 und 13

## DIE MEHRKLASSENBELEGSCHAFT

Atypische Beschäftigungsformen werden immer typischer. Produktionsbetriebe in Deutschland wenden nun eine neue Masche an, um Arbeitskräfte noch billiger zu bekommen.

Seite 17

## FACHKRÄFTEMILLIARDE

Nur rund 20 Prozent der Unternehmen bilden Lehrlinge aus – das ist zu wenig. Abhilfe würde die Fachkräftemilliarde schaffen.

Seite 18

## Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenden, Werbung und Marktkommunikation. Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, MBA, DI (FH) Roman Grandits. Einziger Gesellschafter: ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. Mehrheitsgesellschafter der ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.: Österreichischer Gewerkschaftsbund. Sitz: Wien. Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur. Die Blatlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

## IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Mathias Beer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Karin Prokop, Robert Wittek, Wolfgang Purer, Irene Steindl. Grafik & Layout: Peter-Paul Wältenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Robert Wittek, thim-Film Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 24. Februar 2012.

## RECHTSTIPP

KollegInnen, die als „begünstigt behindert“ anerkannt wurden, können auf die Begünstigung auch wieder verzichten. So hat der Verwaltungsgerichtshof erst kürzlich entschieden. Doch welche Vor- und Nachteile hat das? Wir klären auf.

Seite 21

## Steuer des Monats

Frankreichs Präsident heiratet ein Model, trinkt schon mal vor Kameras über den Durst oder beschimpft Journalisten als „kleine Pädophile“. Jetzt gibt er sich als Staatsmann, denn Wahlen stehen vor der Tür, und siehe da: Nicolas Sarkozy kündigte Ende Jänner die Einführung einer Finanztransaktionssteuer an. Ab August soll die Steuer mit einem Satz von 0,1 Prozent wirksam werden. Die Steuer soll auf alle Geschäfte mit Wertpapieren französischer Emittenten erhoben werden, unabhängig davon, wo KäuferIn oder VerkäuferIn sitzen, und nur von KäuferInnen verlangt werden. Das Konzept beinhaltet eine Vielzahl von Ausnahmen – etwa für Staats- und Firmenanleihen. Frankreich ist damit das erste Land, das in der Eurozone die Finanztransaktionssteuer einführt. Sarkozy hofft, dass sich andere Länder daran ein Beispiel nehmen. Nachfolger werden also gesucht!

## KURZ NOTIERT

### Insolvenz der Bäckerei Legat

Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft herrscht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kärntner Bäckerei Legat, die mit 4. November 2011 Insolvenz anmelden musste. Die PRO-GE Kärnten half den gewerkschaftszugehörigen MitarbeiterInnen, die trotz erbrachter Arbeitsleistung im September und Oktober kein Geld erhalten haben, und finanzierte die ausstehenden Löhne in Höhe von rund 100.000 Euro vor. „Die Mitglieder der Gewerkschaft haben eine Absicherung in dieser Notsituation und werden im Insolvenzverfahren durch die PRO-GE vertreten“, erklärt Gernot Kleißner, Kärntner PRO-GE Landessekretär.

### Lohnsteuerausgleich 2011

200 Euro bringt im Durchschnitt die Arbeitnehmerveranlagung, auch bekannt als Lohnsteuerausgleich, pro Jahr. 2008 haben mehr als drei Millionen Beschäftigte diese Möglichkeit in Anspruch genommen und dadurch 1,25 Milliarden Euro vom Finanzamt zurückerhalten. Die Veranlagung kann rückwirkend für bis zu fünf Jahre von allen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen gemacht werden. Warum dem Finanzamt also Geld schenken? Mehr Infos unter: [www.finanzonline.at](http://www.finanzonline.at)

### „Der Schnee am Kilimandscharo“: Kinokarten zu gewinnen



Michel, Arbeiter im Hafen von Marseille und überzeugter Gewerkschafter, bringt auch der Verlust seiner Arbeit nicht so schnell aus der Fassung. Als er

und seine Frau Opfer eines Überfalls werden, muss Michel aber seine Überzeugungen neu bewerten. Robert Guédiguian's berührendes Drama „Der Schnee am Kilimandscharo“ lief bei den Filmfestspielen in Cannes sowie bei der Viennale und wurde mit dem Prix LUX, dem Filmpreis des Europäischen Parlaments, ausgezeichnet.

**Die „Glück auf!“ verlost Karten für die Premiere am 15. März im Wiener Künstlerhauskino.\*  
Mitspielen: per Post an „Glück auf!“, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder per E-Mail an [glueckauf@proge.at](mailto:glueckauf@proge.at).**

\* Maximal zwei Karten pro TeilnehmerIn, bitte gewünschte Anzahl angeben. Für Vorstellungen in den Bundesländern wird ebenfalls ein Kartenkontingent zur Verfügung stehen. Alle Informationen dazu auf [www.proge.at](http://www.proge.at), sobald die Spielstätten feststehen.



Rainer Wimmer,  
Bundesvorsitzender der PRO-GE

## REICHENSTEUER STATT SOZIALABBAU

Die Konsolidierung des Staatshaushaltes ist ein wichtiges Ziel, die eigentlichen Schwerpunkte sind aber Wachstum und Beschäftigung. Sparen allein wird keinen Spielraum für eine nachhaltige Budgetsanierung schaffen. Das sagt unter anderem der prominente Wirtschaftsforscher Karl Aiginger, und das ist auch die Marschrichtung von Gewerkschaften und Arbeiterkammer, die sich Ende Jänner deutlich positioniert haben. Die ArbeitnehmerInnen zahlen am meisten in den Steuertopf, Reiche am wenigsten. Daher führt kein Weg an der Einführung von vermögensbezogenen Steuern vorbei.

Die Produktionsgewerkschaft stellt sich klar vor die ArbeitnehmerInnen und sagt Nein zum Sozialabbau. Rein ausgabenseitige Einsparungen, wie sie immer wieder von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung gefordert werden, treffen erstens vor allem die ArbeitnehmerInnen und die Schwächsten der Gesellschaft. Zweitens droht Österreich in eine Rezession zu schlittern, wenn der Sozialstaat ohne Rücksicht auf die Auswirkung auf Wachstum, Beschäftigung und Verteilung kaputtgespart wird. Die PRO-GE wird sich massiv gegen jegliche Leistungsver schlechterung bei den Pensionen, etwa durch Erhöhung der Abschläge, stemmen. Eingriffe in das bewährte System der Altersteilzeit lehnen wir entschieden ab, genauso wie jegliche Anhebung des Pensionsantrittsalters, insbesondere für Frauen. Denn erst wenn Frauen in der Arbeitswelt allgemein, aber vor allem beim Entgelt, nicht mehr so massiv benachteiligt werden, ist es auch gerecht, das Antrittsalter anzugleichen.

### Die Reichen schulden einen Beitrag

Die hohen Staatsschulden in Österreich sind eine Folge der von den Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise. Die ArbeitnehmerInnen haben die notwendigen Rettungspakete finanziert. Daher ist es unverständlich, dass Beiträge von Super-Reichen weiterhin tabu sein sollen. Nur sie verfügen über das nötige Kapital, um zu spekulieren – und dies ohne wirkliche Steuerbelastung. Die reichsten zehn Prozent besitzen über 60 Prozent des Immobilienvermögens und fast 55 Prozent des Geldvermögens. Jetzt schulden diese Reichen einen Beitrag zur Sanierung. Dies bedeutet eine Besteuerung jeglichen Vermögenszuwachses, also auch von Erbschaften und Schenkungen. Hier geht es nicht um die Häuslbauer oder um das Sparbuch der Großeltern, denn das ÖGB-Modell sieht hohe Freigrenzen vor: Vermögen im Wert von weniger als 700.000 Euro sind darin von der Vermögenssteuer ausgenommen, bei Erbschaften sollen bis zu 300.000 Euro steuerfrei bleiben. Es geht um den Beitrag der wirklich Reichen.

Glück auf!  
Euer Rainer Wimmer



Ein Realitätsbericht

# Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

**Obwohl es gesellschaftlicher Konsens ist, dass Frauen und Männer gleich viel verdienen sollten, sieht die Arbeitsrealität anders aus. Die Ursachen für die Benachteiligung von Frauen wurden in zahlreichen Studien erforscht. Doch was sind die Konsequenzen? Wir werfen einen Blick auf die Geschichte von Gleichbehandlung und Einkommenstransparenz.**

## LINKTIPP:

Mehr Informationen unter  
[www.proge.at/frauen](http://www.proge.at/frauen)

**Seit** 16. Juni 1952 gilt: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!“ An diesem historischen Tag wurde im österreichischen Parlament, unter Jubel der Frauenbewegung, dieser revolutionäre Grundsatz ratifiziert. Ein Beschluss, dessen Prinzipien auch die Gewerkschaften bei ihren künftigen Lohnabschlüssen Rechnung zu tragen hatten.

**Meilensteine.** Die Umsetzung dieses Grundsatzes hatte zur Folge, dass in den darauffolgenden Jahren die Frauenlohngruppen in den Kollektivverträgen verschwanden. Mit dem Inkrafttreten des Gleichbehandlungsgesetzes 1979 waren unterschiedliche Löhne aufgrund des Geschlechts bei gleicher Einstufung auch gesetzlich verboten! Man sollte annehmen, dass dieser revolutionäre Schritt gleichzeitig den Wendepunkt in Sachen Benachteiligung darstellte. Doch selbst heute, mehr als 30 Jahre später, werden Frauen trotz steigender Qualifikationen im Berufsleben bei Berufschancen und Entlohnung noch immer eklatant benachteiligt.

**Die Lohnschere heute.** Einen fundierten Überblick über die Einkommen

men in Österreich bietet die jährliche Lohnsteuerstatistik. Wer mehr Steuern bezahlt, hat natürlich auch ein höheres Einkommen. So verdienten 2010 Frauen aller Berufsgruppen als Vollzeitbeschäftigte 19 Prozent weniger als Männer. Dramatischer ist die Situation im ArbeiterInnenbereich: Vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen erhielten über 31 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Teilzeit gilt als Karrierekiller und die gut bezahlten Jobs sind bei den Vollzeitbeschäftigten fest in männlicher Hand. Warum ist die Situation eigentlich so, obwohl diese Unterschiede gesetzlich verboten sind?

**Ursachen.** Dafür gibt es viele Gründe. Das Ungleichgewicht der Einkommen ist die Folge tief verwurzelter gesellschaftlicher Entwicklungen, die über Jahrzehnte hinweg ein Wertesystem geformt haben, das Frauen von Grund auf benachteiligt. Die Geschichte hat gezeigt, dass ein klares Rollenverständnis existiert: Männer gelten als Familiernährer und Frauen als Zuverdienerinnen, die zusätzlich für die unbezahlte Arbeit in der Familie verantwortlich sind. Diese Rollenverteilung ist unter anderem auch ausschlaggebend für die unterschiedlichen Einkommen.

**ICH SCHER MICH DRUM!**  
www.proge-frauen.at

**„Scher dich drum!“**  
Unter diesem Motto starten die PRO-GE Frauen mit dem Frauentag 2012 eine Kampagne. Sie soll Frauen Mut machen, für ihr Einkommen einzutreten, aber auch bei engagierten Männern das Bewusstsein dafür schärfen, dass unfaire Einkommen nicht Frauensache sind, sondern ein wichtiges Anliegen unserer Gesellschaft sein müssen.

„Mit den Einkommensberichten und den verpflichtenden Lohn- und Gehaltshinweisen bei Stellenausschreibungen wurde bereits ein großer Schritt vorwärts geschafft“, erinnert Renate Anderl, PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende, an die seit März 2011 gültigen Gesetzesmaßnahmen für mehr Einkommenstransparenz. „Grund zum Nachlassen ist das für uns aber sicher nicht“, betont Anderl. Denn für die PRO-GE Frauen steht außer Zweifel, dass Frauen ein Recht haben, für ihre gleiche Leistung auch gleich bezahlt zu werden.

**PRO-GE**  
frauen

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

**Keine Zeit zu verlieren.** Ein weiterer gewichtiger Faktor ist die Gleichwertigkeit der Arbeit. Während unsere Lohnsysteme körperlich schwere Arbeit besser stellen, werden typische Beschäftigungsmerkmale der Frauen – wie Fingerfertigkeit, Ausdauer und Dienstleistungen – weniger belohnt. Wo viele Frauen beschäftigt sind, ist das Einkommensniveau wesentlich niedriger. Ein klassischer Vergleich zeigt zum Beispiel die Unterschiede zwischen der Metallbranche und dem Textilbereich. Auch die rasante Zunahme von Frauen in Teilzeitbeschäftigung bewirkt, dass Frauen ein niedrigeres Lebens Einkommen haben. Schließt sich die Lohnschere weiterhin in einem Schnecken tempo von rund 0,4 Prozent jährlich, dann gelingt erst in 62 Jahren die Gleichstellung. Tempo ist also gefragt.

**Viel erreicht, noch viel zu tun!** Mit dem Gleichbehandlungsgesetz wurde von den Frauenpolitikerinnen in den 1970er-Jahren eine wesentliche Grundlage auf dem Weg zur Gleichstellung geschaffen. Es gab dazu in der Folge mehrere Novellen, die darauf abzielten, dass alle Menschen in der Arbeitswelt sowie beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen gleich zu behandeln sind.

Ein nächster wichtiger Schritt wurde durch die Einführung der Einkommenstransparenz mit 1. März 2011 gesetzt. Die nun verpflichtenden Einkommensberichte – mit den bereits bestehenden Mitbestimmungsrechten der BetriebsrätInnen im Arbeitsverfassungsgesetz – stellen ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Einkommensschere dar. BetriebsrätInnen erhielten dadurch aber nicht nur mehr Rechte, sondern auch eine große Verantwortung. Denn es ist erwiesen, dass die Existenz eines Betriebsrates und gute Kollektivverträge zu einem geringeren Lohnabstand zwischen den Geschlechtern führen.

**Verantwortungsvolle KV-Politik.** Die Kollektivverträge weisen zwar keine unterschiedliche Bezahlung mehr auf, trotzdem können weitere Schritte im Rahmenrecht dazu beitragen, die Einkommensschere zu schließen. Auch für Gewerkschaften gibt es also in der zukünftigen Kollektivvertragspolitik noch einiges zu tun.

Die Anrechnung von Karenzzeiten für die Vorrückungen und dienstzeitabhängige Ansprüche, wie sie bereits in einigen Kollektivverträgen umgesetzt wurde, ist nur ein Teil davon. Eine weitere Maßnahme bestünde

in der überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen, wo noch immer der Großteil der Frauen eingestuft ist. Die Verantwortung für geschlechtergerechtes Einkommen ist also sehr hoch, und sie wird gerade in der Gewerkschaft PRO-GE sehr ernst genommen, was auch die Abschlüsse der vergangenen Monate in den unterschiedlichsten Branchen beweisen.

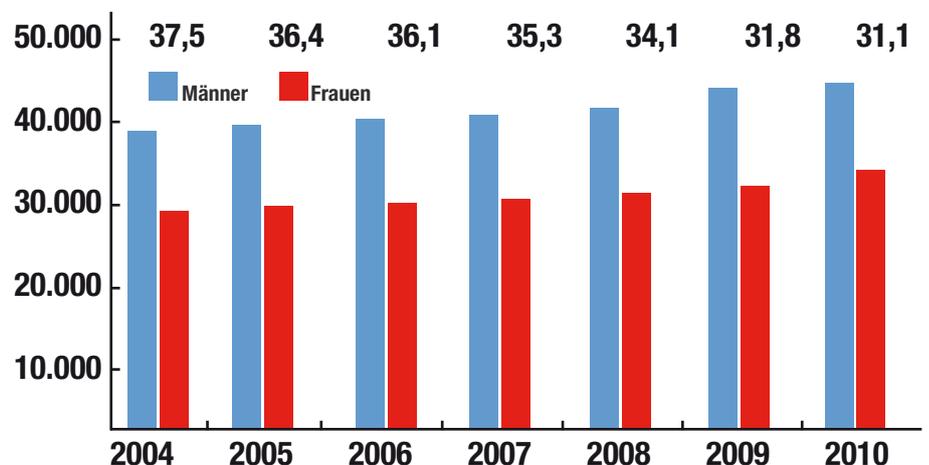
Die PRO-GE wird auch weiterhin nichts unversucht lassen, dass der Zeitpunkt, zu dem die Gleichberechtigung von Frauen im Berufsleben und der Gesellschaft tatsächlich realisiert ist, in greifbare Nähe rückt. Denn für die PRO-GE steht fest: Frauen haben ein Recht, für ihre gleiche Leistung auch gleich bezahlt zu werden!

**SCHER DICH DRUM!**  
www.proge-frauen.at




## EINKOMMENSCHERE

Einkommenunterschied in Prozent, Quelle: APA/Statistik Austria



Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen klappt weit auseinander, auch wenn sie sich im Jahr 2010 minimal geschlossen hat.



Über Geld wird gesprochen!

# Einkommenstransparenz

**Das Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet Firmen seit 2011 zur Einkommenstransparenz. Neben den Einkommensberichten besteht auch die Verpflichtung, Stellenausschreibungen mit dem zu erwartenden Entgelt zu versehen.**

**Die** Gehaltsangaben in Stelleninseraten schaffen Klarheit für BewerberInnen, mit welcher Bezahlung sie für eine ausgeschriebene Stelle rechnen können. Der ebenfalls verpflichtende Einkommensbericht sorgt für firmeninterne Transparenz – eine für Österreich fundamentale Regelung.

**Sanktionen wirken.** Firmen müssen seit 1. März 2011 in Stellenausschreibungen das kollektivvertragliche Mindestentgelt mit der Bereitschaft zur Überzahlung angeben. Seit 1. Jänner 2012 wird bei Nichteinhaltung gestraft. Erfreulicherweise ist zu beobachten, dass heuer bereits mehr als 80 Prozent aller Stellenausschreibungen mit Einkommensangaben versehen sind.

Eine Verpflichtung zur Ausschreibung besteht bei allen Stellen in der Privatwirtschaft, also auch bei Teilzeitstellen und geringfügigen Jobs. Die Angabe des Mindestentgelts bei Stelleninseraten gilt sowohl für externe Ausschreibungen, zum Beispiel in Zeitungen und im Internet, als auch für interne im Intranet oder am „Schwarzen Brett“.

**Einkommensberichte.** Weiters sind Unternehmen dazu verpflichtet, Einkommensberichte zu erstellen. In einem Stufenplan müssen alle ArbeitgeberInnen von bis zu 150 Beschäftigten diesen im zweijährigen Rhythmus erstellen. Damit werden bis 2014 rund 41 Prozent aller Beschäftigten von der Einkommenstransparenz erfasst sein. Im Jahr 2012 sind alle Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten dazu aufgefordert, diese Maßnahme durchzuführen.

**PRO-GE hilft.** Angegeben werden muss, wie viele Frauen und Männer in einer kollektivvertraglichen Verwendungsgruppe eingestuft sind, ebenso das arbeitszeitbereinigte Durchschnittseinkommen in der jeweiligen Gruppe. Der Bericht ist dem zuständigen Betriebsrat zu übergeben, der sich damit an die Gewerkschaft zur Beratung wenden sollte. Die PRO-GE Bundes-

frauenabteilung prüft, ob der Bericht gesetzeskonform erstellt wurde, und berät BetriebsrätInnen, welche Maßnahmen nun notwendig sind. Selbstverständlich ist die Gewerkschaft bei ihren Beratungen an die gesetzliche Schweigepflicht gebunden.

Unternehmen, BetriebsrätInnen und Gewerkschaften können gemeinsam mit diesem Instrument viel an Gerechtigkeit und Fairness erreichen. Das Bestreben muss sein, dass gleiche Leistung auch gleich bezahlt wird!



# „Unternehmen haben jetzt Erklärungsbedarf“

Was es mit Stelleninseraten und Einkommensberichten auf sich? Gleichbehandlungsanwältin Ingrid Nikolay-Leitner im Interview.

#### LINKTIPP:

Website der Gleichbehandlungsanwaltschaft  
[www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at](http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at)

#### Glück auf! Was ist genau unter der Einkommensdiskriminierung zu verstehen?

**Nikolay-Leitner:** Entgeltdiskriminierung bedeutet ungleiche Entlohnung für gleiche und gleichwertige Arbeit. Immer noch glauben viele Men-

schen, dass ungleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit gar nicht mehr vorkommt. Aber wenn zum Beispiel einer Frau als Nachfolgerin eines Mannes im gleichen Job weniger angeboten wird, ist das sehr wohl der Fall. Hier soll die im Mai 2011 eingeführte Einkommensstransparenz bei Stelleninseraten zumindest Anhaltspunkte geben.

„Viele Menschen glauben, dass ungleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit gar nicht mehr vorkommt.“

#### Wie viele Fälle hat die Gleichbehandlungsanwaltschaft 2011 betreut?

**Nikolay-Leitner:** Im vergangenen Jahr wurden an die Zentrale der Gleichbehandlungsanwaltschaft und an die vier Regionalbüros insgesamt 4.440 Anfragen gerichtet, um Informationen zu erhalten oder das Beratungs- und Unterstützungsangebot in

Anspruch zu nehmen. Durch insgesamt vier Novellen des Gleichbehandlungsgesetzes in den letzten sieben Jahren hat es starke Ausweitungen des Tätigkeitsbereiches gegeben. Seit 2011 umfasst die Informationsarbeit der Gleichbehandlungsanwaltschaft auch die Einkommensberichte und die Entgeltinformation in Stelleninseraten.

„Veränderungen in Richtung Gleichbehandlung gehen nur langsam vor sich.“

#### Das neue Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet Unternehmen zur Erstellung von Einkommensberichten. Lässt sich aus diesen Berichten tatsächlich eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts feststellen?

**Nikolay-Leitner:** Eine individuelle Entgelt-diskriminierung lässt sich aus den Berichten nicht ablesen, aber wenn in einer – vom Unternehmen selbst bewerteten – Tätigkeitsgruppe beispielsweise die durchschnittlichen Einkommen der Frauen deutlich niedriger sind, liegt der Erklärungsbedarf beim Unternehmen. Das sind Daten, die in Österreich bisher nicht zur Verfügung standen.

#### Was plant die Gleichbehandlungsanwaltschaft zur Einkommensstransparenz bei Stelleninseraten?

**Nikolay-Leitner:** Die Gleichbehandlungsanwaltschaft wird im Februar in ganz Öster-



Dr.<sup>in</sup> Ingrid Nikolay-Leitner, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft Österreich

reich überprüfen, wie viele Unternehmen das Einkommen angeben. Die Ergebnisse werden in einem Kurzbericht auf [www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at](http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at) veröffentlicht. Gleichzeitig werden wir auf der Website eine Information für StellenbewerberInnen veröffentlichen, damit diese auch selbst aktiv werden können.

»Eine der ganz großen Herausforderungen ist die ungleiche Bewertung von Arbeit.«

**Durch wen und wie kann gegen Unternehmen vorgegangen werden, die sich nicht an die Vorschriften bei Stellenausschreibungen halten?**

**Nikolay-Leitner:** Das Gleichbehandlungsgesetz berechtigt sowohl BewerberInnen um eine Stelle als auch die Gleichbehandlungsanwaltschaft, einen Antrag auf die Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens bei den Bezirksverwaltungsbehörden zu stellen.

**Wo liegen die größten Herausforderungen für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt?**

**Nikolay-Leitner:** Eine der ganz großen Herausforderungen beim Schließen der Einkommensschere ist die ungleiche Bewertung von Arbeit, die typischerweise von Männern oder typischerweise von Frauen ausgeübt wird. Man denke nur an die Verantwortung von KindergartenpädagogInnen und ihre Bezahlung im Vergleich zu anderen Berufsbereichen. Hier steht die Diskussion leider noch am Anfang.

**Welche positiven Veränderungen hat es in den letzten Jahren gegeben?**

**Nikolay-Leitner:** Veränderungen in Richtung Gleichbehandlung gehen nur langsam vor sich. Das ist auch verständlich, weil

dabei weitverbreitete, manchmal gar nicht mehr voll bewusste Überzeugungen infrage gestellt werden. Zum Beispiel: „Frauen verdienen gar nicht weniger, das lässt sich alles durch andere Faktoren als Diskriminierung erklären.“ Die größten positiven Veränderungen im Bewusstsein und im Verhalten vieler Unternehmen hat es in der Frage der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz gegeben. Bei Entgeltfragen und beim Thema beruflicher Aufstieg hat sich zwar das Bewusstsein vieler Menschen geändert, die praktischen Auswirkungen in Form des Schließens der Einkommensschere und der gerechteren Verteilung von Führungspositionen fehlen noch.



## Willkommen!

**Neue Lehrlinge bei Donawitz.** Die voestalpine Stahl Donawitz in der Steiermark ist in der Region ein besonders attraktiver Arbeitgeber. Das wissen auch die 42 neuen Lehrlinge zu schätzen, die heuer in diesem Betrieb ihre Ausbildung begonnen haben. Aber auch für das Unternehmen sind gut ausgebildete Fachkräfte enorm wichtig, weshalb die Lehrlingsausbildung einen hohen Stellenwert einnimmt. Besonderes Augenmerk des Unternehmens liegt auf der Förderung weiblicher Fachkräfte in technischen Berufen. Erfreulich ist außerdem, dass wir alle neuen Lehrlinge bereits als Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE willkommen heißen dürfen. Mit einem herzlichen „Glück auf!“ wünschen wir ihnen alles Gute zum Start ihrer beruflichen Laufbahn!



Heiße Debatte über das Sparpaket im Bundesvorstand.

## PRO-GE Bundesvorstand

**Nein zum Kaputtsparen.** Vorschläge für einen sozial gerechten Weg zur Budgetkonsolidierung standen im Mittelpunkt der Beratungen des PRO-GE Bundesvorstandes am 18. Jänner. Einhelliger Tenor: Die ArbeitnehmerInnen dürfen nicht schon wieder zur Kasse gebeten werden, um eine von der Finanzwirtschaft verursachte Krise zu beseitigen. Zu einem ähnlichen Schluss kamen auch Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB im Rahmen eines Treffens am 20. Jänner. Dabei sprachen sich die ArbeitnehmerInnenvertreter klar für die Besteuerung von Kapital und gegen das Kaputtsparen des Sozialstaates aus. Rein ausgabenseitige Einsparungen würden übermäßig die ArbeitnehmerInnen treffen, alle Maßnahmen müssten streng hinsichtlich ihrer Wirkung auf Beschäftigung, Wachstum und Verteilung geprüft werden. (Mehr dazu auf Seite 12 und 13.)

## FAIRE BLUMEN

### Valentinstag

An kaum einem anderen Tag des Jahres werden so viele Blumen gekauft wie am 14. Februar, dem Valentinstag. Rosen stehen dabei besonders hoch im Kurs, der Großteil davon wird in Entwicklungsländern – oft unter unklaren Bedingungen – hergestellt. Fairtrade-Blumen bieten hier eine Alternative, denn die ArbeiterInnen bekommen gerechte Löhne, haben soziale Grundrechte, Gewerkschaftsfreiheit und Mitspracherecht. Fairtrade-HändlerInnen-Liste unter: [www.fairtrade.at](http://www.fairtrade.at)

## SOZIALVERSICHERUNG

### Neue Werte 2012

Mit 1. Jänner traten die neuen Beiträge in der Sozialversicherung in Kraft. Ab sofort gelten neue Höchstbeitragsgrundlagen, Geringfügigkeitsgrenzen, Rezeptgebühren sowie neue Werte bei der Pensions- und Krankenversicherung. Die monatliche Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherung beträgt heuer 4.230 Euro brutto pro Monat. Die Geringfügigkeitsgrenze stieg auf 376,26 Euro monatlich und die Rezeptgebühr beträgt 2012 5,15 Euro. Genaue Info unter: [www.hauptverband.at](http://www.hauptverband.at)

## BUCHTIPP

### ZAHLEN BITTE!

#### DIE KOSTEN DER KRISE TRAGEN WIR ALLE.

„Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Krise führt zu einer Zunahme der Ungleichheit der Verteilung des Wohlstandes“, stellt Markus Marterbauer, langjähriger Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstituts und jetzt bei der Arbeiterkammer, in seinem Buch „Zahlen bitte!“ fest. Der Ökonom erläutert die Hintergründe der Schuldenkrise und fordert die Politik auf, ihre Handlungsspielräume zu nutzen und die Wirtschaftspolitik entscheidend zu reformieren. Marterbauer kommt außerdem zu dem Schluss, der Sozialstaat sei ein stabilisierender Faktor in der Krise gewesen, und plädiert für seinen Um- und Ausbau. Zudem

müsse Vermögen stärker besteuert werden, um die negativen Auswirkungen ungleicher Wohlstandsverteilung auf Leistungsbereitschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Gesamtwirtschaft zu verhindern.

Markus Marterbauer, „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“, Deuticke, 2011, 256 S., € 18,40, ISBN 978-3-552-06173-6

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Kollektivvertrag Mineralölindustrie

# 4,3 Prozent mehr Lohn

Einen erfolgreichen Abschluss konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp bei den Kollektivvertragsverhandlungen 2012 für die Mineralölindustrie erreichen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen um 4,3 Prozent, die Ist-Löhne um 4,2 Prozent.

**LINKTIPP:**

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE  
[www.lohnrunder.at](http://www.lohnrunder.at)

**Höhere Löhne** erhalten ab 1. Februar die rund 4.000 Beschäftigten der österreichischen Mineralölindustrie. PRO-GE und GPA-djp erreichten Ende Jänner eine 4,3-prozentige Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Lehrlingsentschädigungen sowie ein Plus von 4,2 Prozent bei den Ist-Löhnen. Im Rahmenrecht enthält der Abschluss Verbesserungen unter anderem bei der Karenzanrechnung, dem Jubiläumsgeld und für BezieherInnen von Überstundenpauschalen.

**Kräftige Erhöhungen stärken die Konjunktur.** „Dieser Abschluss sichert den Beschäftigten einen gerechten Anteil an den Unternehmenserfolgen“, erklärt PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle. „Mit der kräftigen Erhöhung der Realeinkommen setzen wir auch das richtige Zeichen zur richtigen Zeit und stützen die Konjunktur, während andere sie nur krankreden.“

**Das Ergebnis im Überblick:**

KV-Mindestlöhne/-gehälter: +4,3 Prozent  
Neuer Mindestlohn: 1.677,99 Euro  
Ist-Löhne/-Gehälter: +4,2 Prozent  
Lehrlingsentschädigungen: +4,3 Prozent  
Reisekosten- und Aufwandsentschädigungen: +4,3 Prozent  
Trennungskostenentschädigung, Zulagen und Zuschläge: +4,3 Prozent

**Verbesserungen Rahmenrecht:** Verbesserung bei Jubiläumsgeldregelung. Günstigere Anrechnung von Karenzen für Vorrückungen in den Verwendungsgруппen. Verbesserung der Bezahlung von Überstunden für BezieherInnen einer Überstundenpauschale.

## AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

**Ab 1. Dezember: Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie:** KV-Löhne +3,58 Prozent (stärkere Erhöhung in Lohnkategorie 3), neuer Mindestlohn 1.523,04 Euro; Erhöhung Dienstalterszulagen ein Cent/h (ergibt durchschnittlich +3,7 Prozent), Lehrlingsentschädigungen +3,58 Prozent, Verkaufsprovisionen +3,58 Prozent, Zehrgelder +3,15 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht, Weihnachtsremuneration wird mit den neuen Lohnsätzen nachverrechnet.

**Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie:** Erhöhung KV-Löhne 53,44 Euro/Monat, Erhöhung Dienstalterszulagen ein Cent/h, Gesamtabschluss entspricht +3,67 Prozent, neuer Mindestlohn 1.474,61 Euro; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung, Weihnachtsremuneration wird mit dem höheren Lohn nachverrechnet.

**Ab 1. Jänner: Chemisches Gewerbe:** KV-Löhne +3,3 bis +3,9 Prozent, ergibt durchschnittlich +3,725 Prozent, neuer Mindestlohn

1.159,37 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,8 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +3,6 Prozent.

**Privatforste:** KV-Löhne +3,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.448,79 Euro; Vergütung für motormanuelle Schlägerung +3,7 Prozent, Motorsägenanschaffungspauschalien +3,7 Prozent.

**Bekleidungs-gewerbe:** KV-Löhne +3,65 Prozent, neuer Mindestlohn 1.136,19 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,65 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +3,65 Prozent.

**Süßwarenindustrie:** Erhöhung KV-Löhne 53,59 bis 61,97 Euro/Monat, Erhöhung Dienstalterszulage in allen Kategorien 1,67 Euro/Monat, Gesamtabschluss entspricht +3,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.490,53 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,5 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung.



Sparpaket

# Reichensteuern statt Sozialabbau

Den Gürtel enger schnallen – das fordern vor dem Hintergrund wachsender Staatsschulden alle europäischen Regierungen, auch die österreichische, von ihrer Bevölkerung. Doch bevor den Hauptprofiteuren eine Schlankheitskur zugemutet wird, droht man den ArbeitnehmerInnen die Luft zum Atmen abzuschneiden.

**LINKTIPP:**

Mehr Informationen unter  
[www.proge.at](http://www.proge.at)  
[www.oegb.at](http://www.oegb.at)

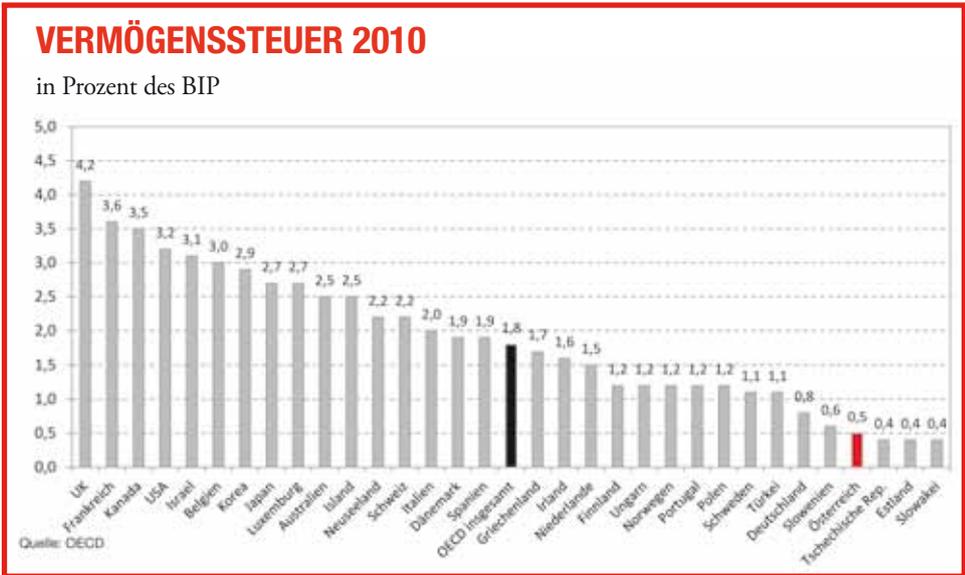
**Die PRO-GE** bekennt sich zum Schuldenabbau, jedoch nicht um jeden Preis. Wir stehen dabei voll hinter den ArbeitnehmerInnen und sagen klar NEIN zum SOZIALABBAU!

**Österreich nicht kaputtsparen.** Rein ausgabenseitige Einsparungen treffen übermäßig jene, die bereits die Hauptlast der Krisenfolgen tragen, was die Kluft zwischen Arm und Reich nur vergrößert. Außerdem droht Österreich in eine Rezession zu schlittern, wenn der Sozialstaat ohne Rücksicht auf Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit kaputtgespart wird. Im Gegenteil können durch gezielte Investitionen in den Sozialstaat, zum Beispiel in den Bereichen

Kinderbetreuung, Pflege, Bildung, Gesundheitsförderung etc., strukturelle Probleme gelöst, Arbeitsplätze geschaffen und so ein positiver und nachhaltiger Beitrag zur Budgetkonsolidierung geleistet werden.

**Besteuerung von Vermögen.** Konjunktur- und beschäftigungshemmendes Sparen muss vermieden werden. Der Schwerpunkt hat auf der Besteuerung von Vermögen zu liegen und darf nicht auf Einmaleffekte durch Privatisierungen setzen oder auf die Erhöhung von Massensteuern. Arbeitslose müssen ebenfalls geschützt werden. Maßnahmen zu ihren Lasten sind untragbar, denn sie sind die am härtesten getroffenen Opfer der Bankenkrise, nicht deren VerursacherInnen!

**Keine Verschlechterung bei Pensionen.** Die PRO-GE wehrt sich außerdem massiv gegen jegliche Leistungsverschlechterung bei den Pensionen, etwa durch Erhöhung der Abschläge. Auch Eingriffe in das bewährte System der Altersteilzeit lehnen wir entschieden ab, genauso wie jegliche Hinaufsetzung des Pensionantrittsalters, insbesondere für Frauen. Erst wenn Frauen in der Arbeitswelt allgemein – und vor allem beim Entgelt – nicht mehr so massiv benachteiligt werden, ist es auch gerecht das Antrittsalter anzugleichen.



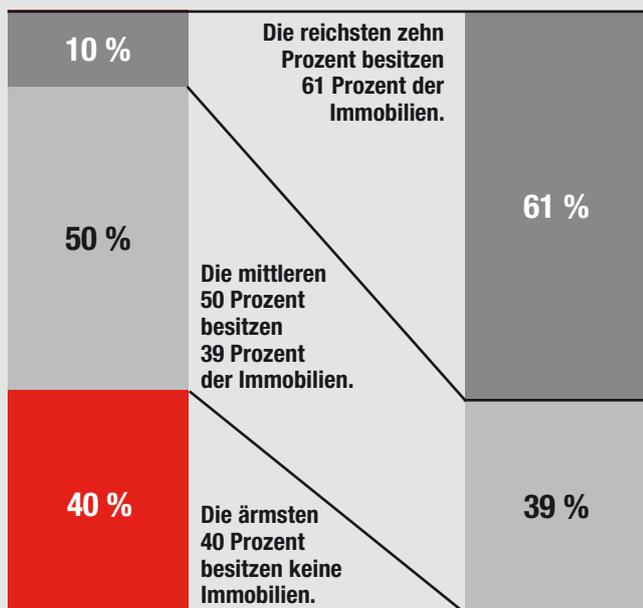
**Hauptprofiteure zur Kasse bitten.** Die hohen Staatsschulden in Österreich sind eine direkte Folge der von den Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise. Während der Krise hat es viele NutznießerInnen gegeben – nun ist es an der Zeit, die Hauptprofiteure auch ordentlich an der Sanierung des Staatshaushaltes zu beteiligen.

**Vorschläge im Einzelnen.** Dabei legt das Verursacherprinzip nahe, die ArbeitnehmerInnen und all jene Menschen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, nicht weiter zu belasten. Folgende Steuervorschläge ergeben sich daraus:

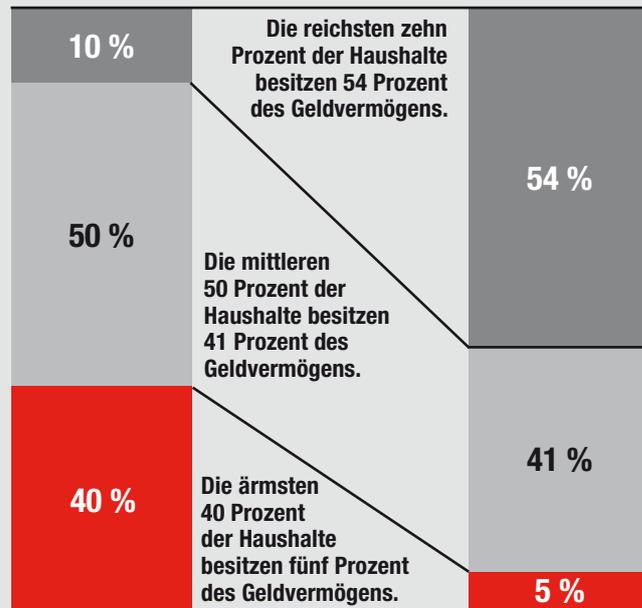
- Bekämpfung der Steuerhinterziehung,
- Streichung von Steuerprivilegien für Privatstiftungen,
- Nichtabsetzbarkeit für ManagerInnenge-

- hälter ab 500.000 Euro,
- Veräußerungsgewinne von Immobilien generell mit 25 Prozent einkommensteu-erpflichtig,
- Aufgabe der Pauschalierung der Land-wirtschaft,
- Erbschafts- und Schenkungssteuer,
- Finanztransaktionssteuer,
- Vermögenssteuer ab einem Vermögen von 700.000 Euro.

### DIE VERTEILUNG DES PRIVATEN IMMOBILIENVERMÖGENS



### DIE VERTEILUNG DES PRIVATEN GELDVERMÖGENS



Quelle: ÖGB/AK

Foto-Reportage

# Präzisions- produktion im Wohngebiet

In Wien-Simmering befindet sich der einzige österreichische Produktionsstandort der Hörbiger Ventilwerke. Rund 400 Beschäftigte arbeiten im Werk mitten im Wohngebiet, mehr als die Hälfte davon sind ArbeiterInnen. Der internationale Konzern ist Weltmarktführer bei Ventilen für die Kompressortechnik.



In der Produktion arbeiten ausschließlich FacharbeiterInnen. Auf die Lehrlingsausbildung wird viel Wert gelegt. Derzeit gibt es zwölf Lehrlinge in verschiedenen Berufen.

Die wenigen Frauen im Werk arbeiten vorwiegend in der Endkontrolle und Plattenfertigung. Insgesamt ist die Belegschaft sehr jung, das Durchschnittsalter liegt zwischen 32 und 35 Jahren.

An der Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird ständig gearbeitet. Seit 2010 hat z. B. die Werksküche auch für die zweite Schicht geöffnet, Sozialräume und Duschen wurden erneuert.



Nach der mechanischen Fertigung werden die einzelnen Teile in der Montage zu fertigen Ventilen zusammengesetzt. Die Chargen sind sehr klein, bereits 20 Stück gelten als Serie.



Da der Standort direkt im Wohngebiet liegt, muss auf die AnrainerInnen Rücksicht genommen werden. Die Verlegung in ein Wiener Industriegebiet mit 2015 wird aber auch aus Platzgründen gerade diskutiert.

„Ohne unsere Ventile könnte zum Beispiel kein Öl oder Gas gefördert werden“, erklärt Oswald Gremmel (li.). Er arbeitet seit 35 Jahren in der Firma und ist seit 2006 Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats.



Diese beiden jungen Arbeiter in der Montage bringen gerade einen Ventilschutz an, der die Wucht einer etwaigen Explosion abfangen soll.



Witamy w Polska!

# Willkommen in Polen!

Gewerkschaftlich zerrissen und politisch im Aufbruch steht Polen vor vielen Herausforderungen. Wir geben einen Überblick über aktuelle Entwicklungen eines ehemaligen Transformationslandes.

**25.000** Einzelgewerkschaften gibt es schätzungsweise in Polen. Die meisten dieser Betriebsgewerkschaften gehören einem der drei Gewerkschaftsbünde – NSZZ Solidarnosc, OPZZ oder Forum FZZ – an. Solidarnosc ist auch über die Grenzen Polens hinaus vielen ein Begriff. Sie versteht sich als die Erbin der oppositionellen Reformbewegung. Die OPZZ hingegen sieht sich als Vertreterin der linken ArbeiterInnenbewegung, während sich das Forum FZZ als politisch neutral erklärt.

**Gewerkschaftlicher Hürdenlauf.** Zwischen den Gewerkschaftsverbänden herrschen ideologische Grabenkämpfe. Nicht zuletzt durch ihre Parteinähe ist ihre Akzeptanz in der Gesellschaft immer noch gering. Um eine Gewerkschaft in Polen zu gründen, braucht es mindestens zehn unselbstständig Beschäftigte – eine enorme Hürde, da mehr als 90 Prozent der Be-

triebe weniger als zehn MitarbeiterInnen haben. Viele ArbeitnehmerInnen haben somit keine gewerkschaftliche Vertretung, auch Studierende und Neue Selbstständige sind ohne Interessenvertretung. Am stärksten sind die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst vertreten. Das macht es schwierig, den massiven Sparmaßnahmen der Regierung Polens etwas entgegenzusetzen.

**Sparprogramme.** Diese beschloss 2009 ein rigides Sparprogramm, das einem sozialen Kahl Schlag gleicht. Im Zentrum der Sparmaßnahmen: die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre bis 2020. Die Regierung plant weiters Einsparungen beim mageren Kindergeld, durch Streichung diverser Steuervergünstigungen und durch Personalabbau im öffentlichen Dienst. Die Mehrwertsteuer wurde auf 23 Prozent angehoben. Bis 2015 soll das Staatsdefizit von derzeit 55 auf 47 Prozent des BIP gesenkt werden.

**Herausforderungen.** In den nächsten Jahren werden sich die Gewerkschaften vor allem der

gewerkschaftlichen Organisation im Dienstleistungsbereich, der Verjüngung ihrer FunktionärInnen, der Erhöhung des Mindestlohns (derzeit ca. 330 Euro), der Regulierung und Eindämmung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen, der Reform des Rentensystems und der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit widmen. Die Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen in Kleinbetrieben bleibt ein ungelöstes Problem.

**AUF EINEN BLICK**

**38,4 MILLIONEN** Einwohner

**3** Gewerkschaftsverbände

**25.000** Einzelgewerkschaften

**13 PROZENT** Arbeitslosigkeit

Quelle: Vera Trappmann: Die Gewerkschaften in Polen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2011

## Newsticker international

### DEUTSCHLAND: Mindestlohn für ZeitarbeiterInnen

Nach langen Streitereien wurde für die rund 900.000 ZeitarbeiterInnen in Deutschland kurz vor Weihnachten ein Mindestlohn vereinbart. Seit Jänner 2012 dürfen ZeitarbeiterInnen nicht weniger als 7,89 Euro im Westen und 7,01 Euro im Osten verdienen.

### GRIECHENLAND: GewerkschafterInnen vor Gericht

Im Jänner mussten sich Dutzende griechische GewerkschafterInnen vor Gericht verantworten, weil sie im Sommer 2011 gegen Sparmaßnahmen der Regierung protestiert hatten. Die PRO-GE erklärte sich in einem Schreiben an die griechische Regierung mit den GewerkschafterInnen solidarisch. Mehr Infos unter: [www.proge.at/international](http://www.proge.at/international)

### DÄNEMARK: EU-Ratspräsidentschaft

Zum Jahreswechsel hat Dänemark im ersten Halbjahr 2012 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Ganz oben auf der Agenda der europafreundlichen Regierungschefin stehen die Themen Euro-Rettung, Klima und Umwelt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

# Die Mehrklassenbelegschaft

**Atypische Beschäftigungsformen werden immer typischer – auch in Österreich. Rund eine Million Menschen befinden sich bereits in Leiharbeit, stehen in freien Dienstverhältnissen oder haben Werkverträge. In Deutschland entsteht nun ein neuer Trend: Beschäftigte aus Werkvertrags-Firmen.**

## LINKTIPPS:

Alle Infos zu Leiharbeit unter  
[www.leiharbeiter.at](http://www.leiharbeiter.at)

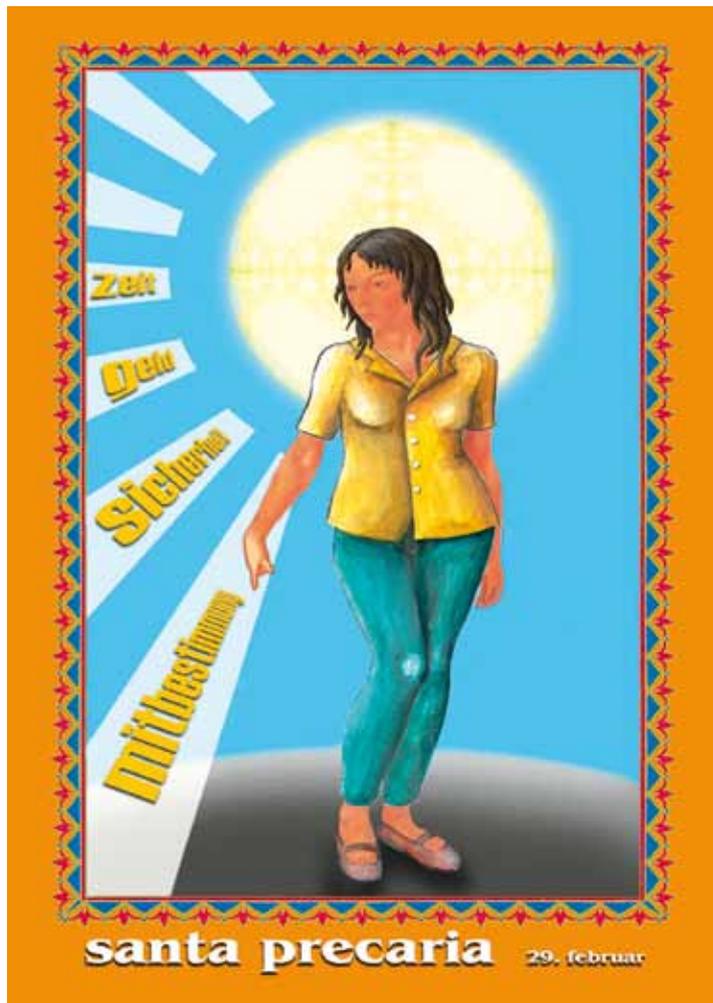
Mehr Informationen zum Aktionstag  
„Santa Precaria“  
[santaprecaria.wordpress.com](http://santaprecaria.wordpress.com)

**Leiharbeit** ist in Österreich vor allem im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut geregelt. Es gibt einen Kollektivvertrag und LeiharbeiterInnen dürfen gegenüber der Stammebelegschaft nicht benachteiligt werden. Mit dem Kollektivvertragsabschluss 2012 wurde sogar die volle Anrechnung von Karenzzeiten erreicht. Obwohl deutsche LeiharbeiterInnen davon nur träumen können, setzte die deutsche Gewerkschaft in den vergangenen Jahren auch für sie zahlreiche Verbesserungen durch. Leiharbeit ist nicht mehr ganz so billig, weshalb nun immer mehr Betriebe Werkvertrags-Firmen engagieren.

**Was kommt nach der Leiharbeit?** Das BMW-Werk in Leipzig: Rund die Hälfte der 5.000 Beschäftigten arbeitet laut IG-Metall hier über Werkvertrag. Auch bei Audi in Ingolstadt halten sich externe und interne Beschäftigte bereits die Waage. Ebenso wie in Österreich muss ein Arbeitsverhältnis auf Werkvertragsbasis gewisse Merkmale aufweisen, damit es rechtlich legal ist. Dazu gehören etwa freie Zeiteinteilung oder selbstständiges Arbeiten.

**Werkverträge am Prüfstand.** In der Realität machen aber viele Beschäftigte mit Werkverträgen exakt die gleiche Arbeit wie ihre fest angestellten KollegInnen. Der/Die AuftraggeberIn gibt bis hin zu den Pausenzeiten alles vor, und von Haftung der Werkvertragsfirma für Fehler fehlt jede Spur. Der einzige Unterschied: Die Beschäftigten bekommen weniger Geld. De facto handelt es sich also in solchen Fällen um verdeckte Leiharbeit, kritisiert die deutsche Gewerkschaft IG Metall. Sie will nun verstärkt Werkverträge unter die Lupe nehmen, um den Missbrauch einzudämmen.

**„Santa Precaria“.** Auch in Österreich wächst die Gruppe der atypisch Beschäftigten – derzeit sind es rund eine Million und viele davon leben in prekären Verhältnissen. Denn atypisch Beschäftigte haben eine nur unzureichende arbeitsrechtliche Absicherung und sind deutlich häufiger von



Italienische AktivistInnen haben „San Precario“ als Schutzpatron für alle Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen 2001 ins Leben gerufen. Am 29. Februar findet der Aktionstag auch in Österreich statt.

Niedriglohnbeschäftigung betroffen als Personen in Normalarbeitsverhältnissen. Rund 300.000 Personen in Österreich gehören zu den „Working poor“, also zu jenen Menschen, die trotz Arbeit arm sind. Um darauf aufmerksam zu machen, gibt es den Aktionstag „Santa Precaria“ am 29. Februar.

**Mehrklassenbelegschaften verhindern.** Werkverträge und freie Dienstverhältnisse sind in Österreich vor allem im Dienstleistungsbereich zu finden, im Produktionssektor gibt es dafür ein Heer an LeiharbeiterInnen. Was als Übergangslösung beginnt, wird für viele zur Dauerlösung, etliche fühlen sich als ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. „Wir haben bereits viel für ZeitarbeiterInnen erreicht, doch die Entwicklung in Deutschland zeigt, dass wir uns nicht auf den Errungenschaften ausruhen können“, so Thomas Grammelhofer, zuständiger Sekretär der PRO-GE. „Der Arbeitsmarkt verändert sich und Mehrklassenbelegschaften müssen wir um jeden Preis bekämpfen.“



Fachkräftemilliarde, die Abhilfe schafft

# Jugend braucht Zukunft – Wirtschaft braucht Fachkräfte

Österreichs Wirtschaft lebt von qualifizierten Fachkräften. Doch während die Wirtschaft über Fachkräftemangel und schlechte Vorbildung der Jugend jammert, bilden nur 20 Prozent der Unternehmen Lehrlinge aus. Die Fachkräftemilliarde soll einen Ausgleich zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben schaffen.

#### LINKTIPP:

Mehr Infos unter  
[www.proge-jugend.at](http://www.proge-jugend.at)

**In Österreich** gibt es zahlreiche Anstrengungen zur finanziellen Förderung der dualen Ausbildung. Zurzeit wird die Lehrlingsförderung aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds finanziert, doch das jetzige Förderungssystem ist unübersichtlich und trägt weder zur Schaffung neuer Lehrplätze noch zur Qualitätssicherung bei. Die Fachkräftemilliarde bietet die Chance, aus einer reinen Lehrstellenförderung, eine echte Qualitätssicherung zu machen.

**Die Fachkräftemilliarde.** „Unser Modell einer Fachkräftemilliarde brächte Vorteile für jene Unternehmen, die sich guter Ausbildung widmen“, so Jürgen Michlmayr, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE und der ÖGJ. Das Modell sieht vor, dass Unternehmen ein Prozent der Bruttolohnsumme in einen Fonds einzahlen. „Aus diesen Mitteln kann dann nicht nur die Lehrstellenförderung, sondern auch die überbetriebliche Lehrausbildung und die Weiterqualifizierung von ArbeitnehmerInnen finanziert werden. Der Bund spart sich dadurch allein in den nächsten fünf Jahren 750 Millionen Euro“, erklärt Michlmayr.

**Nur 20 Prozent bilden aus.** Die Fachkräftemilliarde würde einen Ausgleich zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben schaffen. „Es wäre auszubildenden Betrieben gegen-

über nur fair, wenn auch nicht auszubildende Unternehmen einen Teil der Ausbildungskosten übernehmen“, so Michlmayr. Laut einem Bericht des Österreichischen Instituts für Bildungsforschung bilden nur rund 20 Prozent der Unternehmen Lehrlinge aus. „Das sind zu wenige, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen“, meint Michlmayr.

**Gute Erfahrungen mit Ausbildungsfonds.** Umlageverfahren wie die Fachkräftemilliarde haben sich in anderen europäischen Ländern schon bewährt. So haben Frankreich, Dänemark und die Schweiz unterschiedliche Finanzierungsmodelle ausgearbeitet. Auch in Österreich gibt es ein Vorzeigebispiel in Sachen Finanzierung: Die Vorarlberger Elektro- und Metallindustrie hat sich bereits in den 70ern dazu entschlossen, einen Ausbildungsfonds zu installieren – mit Erfolg. „Würde man das Modell der Fachkräftemilliarde in Österreich einführen, wäre garantiert, dass die Wirtschaft nicht nur genügend viele, sondern auch bestens ausgebildete Fachkräfte findet.“

#### Was ist die Fachkräftemilliarde?

So könnte eine mögliche Fachkräftemilliarde finanziert werden:

- Höhe: ein Prozent der Jahresbruttolohnsumme von Unternehmen (Einhebung über die Sozialversicherung) werden in Fonds einbezahlt
- Förderausschüttung für Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen sowie Weiterqualifizierungsmaßnahmen
- Ausschüttung der Förderung über Basisförderung (gleich für alle Betriebe)
- Einrichtung eines Qualitätskompetenzzentrums zur Kontrolle
- Kosten der überbetrieblichen Ausbildung sollen von diesem Fonds gespeist werden



PRO-GE Bildungsabteilung

## Mit der PRO-GE zum Diplom

**Betriebsrätinnen und -räte stehen stets vor neuen Herausforderungen. Fundierte gewerkschaftliche Ausbildung ist unumgänglich bei ihrer täglichen Arbeit und die PRO-GE hilft dabei.**

**LINKTIPP:**

Mehr Infos unter  
[www.proge.at/bildung](http://www.proge.at/bildung)

nach Abschluss der Grundausbildung. Nach erfolgreicher Absolvierung aller Bausteine der Diplomausbildung wird das erworbene Wissen mit einem Diplom der Gewerkschaft PRO-GE belohnt.

**Fachwissen** wird vermehrt gefordert. Das neue Bildungsprogramm der PRO-GE bietet daher auch 2012 wieder Spezialseminare für FunktionärInnen in gewohnter Qualität an. Neu im Bildungsprogramm ist allerdings die Diplomausbildung.

Das Fundament wird durch die gewerkschaftliche Grundausbildung gelegt. Weitere Wissensbausteine können durch Spezialseminare oder die Diplomausbildung hinzugefügt werden. Zugang zu diesen Kursen erhält man jedoch erst

**Basiswissen.** Die Grundausbildung der PRO-GE setzt sich aus den Kursen BR 1 „Wir steigen ein“, BR 2 „Wir bestimmen mit“ und BR 3 „Unsere Praxis“ zusammen. Diese Grundausbildung schließt mit einem Zertifikat ab. Für Jugendvertrauensrätinnen und -räte gelten die Jugendkurse Stufe I und II als Basis.

**Sechs von sieben.** Um ein Diplom zu erhalten, müssen sechs Seminare aus sieben vorgegebenen Themenblöcken erfolgreich absolviert werden. Dabei kann aus folgenden Bereichen gewählt werden: Arbeitsrecht, Lohnverrechnung, wirtschaftliche Mitbestimmung, Arbeitszeit, soziale Sicherheit, Betriebsratsarbeit und internationale Betriebsratsarbeit.

**„Sozialkompetenz“-Seminare.** Neben rechtlichen und wirtschaftlichen Themen sind in der Betriebsratsarbeit auch soziale Wissensgebiete gefragt denn je. Hier bietet die Bildungsabteilung neben dem Seminar „Energie tanken“ auch die Seminare „Arbeitswelt – gerecht und vereinbar“, „Rechtsextremismus, Rechtspopulismus heute“ sowie „Burnout und Sucht – Prävention und Begleitung“ an. Eine abgeschlossene Grundausbildung ist auch hier Voraussetzung für den Kursbesuch.



Das neue Seminarprogramm für FunktionärInnen der Gewerkschaft PRO-GE findest du unter [www.proge.at/bildung](http://www.proge.at/bildung). Anmeldungen sind direkt online oder schriftlich mit dem aktuellen Anmeldeformular per Post, Fax oder E-Mail an die Bildungsabteilung der PRO-GE möglich.

# Achtung Kamera



**Adventzeit vor dem Catamaran.** In Kooperation mit Biogaisi, Österreichs erstem Bio-Würstelstand, lud die PRO-GE Werbeabteilung zu Punsch, Maroni und Würstelgulasch. Zum Abschluss wurden zehn Prozent des Erlöses und zahlreiche freiwillige Spenden an die Geschäftsführerin der Gesellschaft Österreichische Kinderdörfer, Tanja Lechner, übergeben.



**Grenzüberschreitende Kooperation.** Im Zuge des Projektes ZUWINS besuchten 18 Jugendliche der Gewerkschaften PRO-GE, GPF und GPA-djp die Siemens Turbinenherstellung in Brünn und knüpften Kontakte zu den tschechischen KollegInnen.



**PensionistInnen-Informationszentrum (PIZ).** Das von der PRO-GE PensionistInnenvorsitzenden Christine Haager initiierte PIZ in der Hauptstraße 10 ist der Treffpunkt für PensionistInnen in Mödling (Mo, Mi, Fr: 9.00–11.00 Uhr). Mit einer Spende von 500 Euro unterstützen die PensionistInnen des PIZ vor Kurzem die Initiative Kinderreha von PRO-GE Landessekretär Markus Wieser. [www.initiative-kinderreha.at](http://www.initiative-kinderreha.at)



**Mitgliederehrung in Thörl.** 45 Jubilare durften Klaus Katzenberger, Vorsitzender der PRO-GE Ortsgruppe Thörl, und Herbert Grasser, PRO-GE Bezirksvorsitzender Obersteiermark Ost, im Freizeitzentrum Thörl begrüßen und gemeinsam mit PRO-GE Landessekretär Josef Pessler für bis zu 65 Jahre Mitgliedschaft auszeichnen.



**Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau.** Im Grazer Josefhof erörterte PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer mit den PensionistInnenvertretern der VAEB die aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen.

Alles was Recht ist! – ArbeitnehmerInnen mit Behinderung

# Verzicht auf Begünstigung möglich

**KollegInnen, die als „begünstigt behindert“ anerkannt wurden, können auf die Begünstigung auch wieder verzichten. So hat der Verwaltungsgerichtshof erst kürzlich entschieden. Doch welche Vor- und Nachteile hat das?**

#### LINKTIPP:

Mehr Rechtsinfos unter  
[www.proge.at/recht](http://www.proge.at/recht)

**Nach** den neuen Kündigungsregeln haben ArbeitnehmerInnen, die ab dem 1. Jänner 2011 eingestellt wurden und zur Gruppe der „begünstigt Behinderten“ gehören (über 50 Prozent Behinderung), vier Jahre lang keinen Kündigungsschutz. Für bereits länger bestehende Arbeitsverhältnisse gilt diese Wartezeit nicht. Auch Kolleginnen und Kollegen, die erst während eines Arbeitsverhältnisses als „begünstigt behindert“ anerkannt werden, bekommen sofortigen Kündigungsschutz (nach sechs Monaten Beschäftigung).

Die Neuregelung des Kündigungsschutzes sollte bewirken, dass mehr behinderte KollegInnen eingestellt werden – aktuelle Zahlen des Arbeitsmarktservices lassen daran jedenfalls erhebliche Zweifel aufkommen (siehe Kasten).

**Freiwilliger Verzicht.** Da die „Begünstigung“ in einem neuen Arbeitsverhältnis also ohnedies in den ersten vier Jahren so gut wie keinen Nutzen bringt, stellt sich die Frage, ob begünstigte Kolleginnen und Kollegen etwa in einem Vorstellungsgespräch lügen dürfen,

was ihren begünstigten Status betrifft. Rechtlich gesehen ist das höchst strittig und unklar. Das zuständige Höchstgericht, der Verwaltungsgerichtshof, weist durch ein Urteil vom 30. November 2011 nun aber einen einfachen Ausweg: Es ist zulässig, dass begünstigt Behinderte auf die „Begünstigung“ verzichten, und das Bundessozialamt muss auch einen Bescheid ausstellen, der bestätigt, dass man nicht mehr zur Gruppe der begünstigten Behinderten zählt. Dann kann man wahrheitsgemäß auf die Frage nach einer Begünstigung mit „Nein“ antworten.

**Achtung Nachteile!** Natürlich muss man gut überlegen, ob durch einen Verzicht nicht Förderungen, Steuerabsetzmöglichkeiten oder dergleichen verloren gehen. In aller Regel können sie jedoch mit einer anderweitigen Bestätigung über die Behinderung gleichfalls erlangt werden. Das sollte man aber vorher klären!

**Später wieder beantragen?** Zu einem späteren Zeitpunkt kann man die Begünstigung zwar wieder beantragen, den Kündigungsschutz bekommt man dadurch aber nur dann sofort, wenn sich eine wesentliche Änderung des Gesundheitszustandes ergeben hat. Ansonsten würde es nach einer klaren Umgehung der neuen Gesetzesbestimmungen aussehen – es bliebe darum bei der vierjährigen Wartezeit.



Dr. René Schindler,  
PRO-GE Bundessekretär für Soziales und Recht

**Kündigung anfechten.** Behinderte KollegInnen ohne Kündigungsschutz sollten beachten, dass eine allfällige Kündigung wegen der Behinderung eine unzulässige, diskriminierende Kündigung sein kann. Unabhängig von einer Diskriminierungsabsicht kann eine solche Kündigung auch wegen Sozialwidrigkeit angefochten werden (nach sechs Monaten Beschäftigung). In all diesen Fällen ist die kurze Anfechtungsfrist zu beachten: ArbeitnehmerInnen haben jeweils nur 14 Tage Zeit, wobei eine Anfechtung wegen Diskriminierung zunächst beim Bundessozialamt einzubringen ist, jene wegen Sozialwidrigkeit aber gleich beim Arbeits- und Sozialgericht!

#### ZAHLEN UND DATEN

### 42.400 PERSONEN

mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen waren im Dezember 2011 arbeitslos.

### + 1.000 MENSCHEN

mit Behinderung waren pro Monat 2011 gegenüber 2010 ohne Job.

### 65 PROZENT

der DienstgeberInnen erfüllten 2006 die Beschäftigungspflicht begünstigt Behindert.

Quellen: „Behindertenbericht 2008“ BMASK, AMS

Die ExpertInnen der PRO-GE-Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der  
Tel.-Nr. (01) 534 44-69140 bzw. per E-Mail an [recht@proge.at](mailto:recht@proge.at) gerne weiter.

Urlaub in Kärnten

# Sommer im Haus Krumpendorf am Wörthersee

**PRO-GE**  
Urlaub & Seminar GmbH

**Die Ferienanlage in Krumpendorf garantiert einen erholsamen Urlaub für die ganze Familie. Sonne, Wassersport, Wandern oder einfach die Seele baumeln lassen, und das am bekanntesten und schönsten See Österreichs – dem Wörthersee in Kärnten.**

Speisen und Getränken verwöhnt. Jeden Donnerstag findet ein Grillabend statt.

**NEU:** Personenlift im Haupthaus und eine moderne Sauna mit Freibereich.

**Preise für PRO-GE Mitglieder:**

gültig pro Appartement/Bungalow für 7 Nächte (exklusive Ortstaxe)  
für 2–3 Personen Euro 420,00  
für 4–5 Personen Euro 560,00

Die Ferienanlage besteht aus einem Haupthaus mit 27 Appartements – davon eines behindertengerecht eingerichtet – und zehn Bungalows. Der eigene Badestrand mit Liegewiese, zwei Badestegen und Strandbuffet ist nur zwei Gehminuten von den Ferienhäusern entfernt. An Freizeiteinrichtungen stehen Tischtennis und Tischfußball sowie ein Kinderspielplatz zur Verfügung. Auf der schönen Terrasse des Strandbuffets werden die Gäste mit verschiedenen

**Reservierungen und Infos:**

**Telefon: 01/534 44-69705 oder -69707**

**E-Mail: [urlaub@proge.at](mailto:urlaub@proge.at)**

**PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH**

**Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien**

**[www.proge.at/urlaub](http://www.proge.at/urlaub)**

**CARTOON:**



# Preisrätsel

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8

Den Kupon in ein Kuvert stecken, falls nötig, Adresskleber auf der Rückseite korrigieren und mit dem Vermerk „Postgebühr zahlt Empfänger“ bis 24. Februar 2012 senden an:  
**PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien



## Waagrecht:

- 1 Schwer erreichbare Ziele, im Vorstellungsgespräch zu diskutieren? (Mz.)
- 5 Echt sündige Kfz-Klasse für den schweren Verkehr
- 8 Werden diese ausgestellt, bist du nicht richtig angestellt (Mz., firmenmäßig beschrieben auf S. 17)
- 9 Die spinnen, die Ich-AGs: „Ich hoffte, dass man hoch mich schätze,/ wenn ich mich überall –“
- 10 Hier steckt der Strauß im Wasser
- 12 *Mutant*, verwirrt nach so viel Latein: Julius hat schon sein Quantum./ Brutus fragt verwundert: „–?“
- 14 Die Summe steht unterm Strich, Stoff fürs Gilet inbegriffen
- 16 Haut hin – und zwar auf Englisch
- 18 Lang geratene Erzählungen sind auf S. 8 als Gesetzesänderungen nachzulesen (Mz.)
- 20 Schutzpatronin der atypisch Beschäftigten: Ihr Tag wird am 19. Februar aktionistisch begangen (2 Worte, siehe S. 17)
- 21 In dem Bewerb treten beim Tennis Singles an?
- 22 Hier ist was faul – worauf sich *Greta E.* umstellt

## Senkrecht:

- 2 Im EU-Vorsitz macht stark/ aktuell sich – (siehe S. 16)
- 3 Eintreffendes Wort zu Einfahrt des Zuges und Erscheinen der Gäste
- 4 Ereignis-reich: Für die Society ist diese Party einfach mega
- 5 Andersrum(!) wird ein Riemen draus: Er ist zwecks Sparprogramm enger zu schnallen
- 6 Gesprächsstoff, z. B. für Feurstein fernsehtauglich
- 7 Herr Hund, sozusagen – klingt reichlich unhöflich!
- 11 Den Hieb hat man im Süden Wiens (siehe S. 14)
- 13 Nur eine Arktis-Eiskappe? Wer das hat, kann wettbewerbsfrei wirtschaften!
- 15 Rosinliche Rebsorte lässt an osmanische Herrschergattin denken
- 16 Z. B. paradies-ische Speise, fasst fließend auszusprechen
- 17 Bei *solchem* Dienst kommst du nie ins Freie?
- 19 Steht im Stahlgeschäft schon lange vor alpine

## Zu gewinnen gibt es:

„Gegen den Strom“ – Politische Predigten und Reden von Betriebsseelsorger Franz Sieder. Band 1 und 2

**HINWEIS:** Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein Lösungswort für die Weiterbildung.

1	2		3		4		5		6		7
8									8		
	5										
9						2		10		11	
12					13		14		15		
16		17			18		19				
20										4	
21							22		6		

Rätsel: Vera Ribarich

## LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: SEKTFLOETE

W: 1 SPERRE 4 LOBE 7 HAINBURG 8 RIRA 9 PACKERL 12 EIGER 14 URLAUBSFACH 15 STAMM  
 16 BEKENNT 19 VERTRAG 20 ILIAS 21 IRIS 22 GERADE

S: 2 PRAHA 3 ROBBE 4 LOGO 5 BARRIKADE 6 GRIECHENLAND 9 PO 10 KILOMETER 11 RAUM  
 13 ASSE 14 UNTREU 17 KRISE 18 RAPS

**Die GewinnerInnen aus Ausgabe 7 GLÜCK AUF!** Ronald Gieger, 2263 Dürnkrotz; Elisabeth Ziegerhofer, 2640 Gloggnitz; Adolf Strohmeier, 1220 Wien

**Der Gewinner aus Ausgabe 8 GLÜCK AUF!** Helmut Buxbaum, 8682 Hönigsberg

Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
 Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

**PRO-GE**  
 proge-shop.at

## Passend zu jeder Jahreszeit.

### Der sportlich-elegante PRO-GE Sweater.

**SWEATER 19,64 EUR**  
 (Inkl. 20 % MwSt. zzgl. Versand)

100 % Baumwolle, 330g/m<sup>2</sup>, Reißverschluss in Rot,  
 langarm ohne Bündchen, rote Ziernähte;

Größen: (H) S, M, L, XL, XXL, XXXL  
 (D) tailliert XS, S, M, L



**Zusätzliche Werbung wie Betriebsratslogos oder Ähnliches sind möglich!**

Nimm dafür bitte direkt mit der Fa. KOLIBRI Kontakt auf, Tel: +43 (0) 2254 763 33-20 od. -21  
 E-Mail: proge@kolibri.eu

**www.proge-shop.at**

www.proge.at